

09.047

**Luftfahrtgesetz.
Teilrevision 1
Loi sur l'aviation.
Révision partielle 1**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 20.05.09 (BBl 2009 4915)
Message du Conseil fédéral 20.05.09 (FF 2009 4405)

Nationalrat/Conseil national 16.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBl 2010 4363)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2010 3975)

2. Bundesbeschluss über die Weiterführung der Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA (Aufnahme der Verordnung EG Nr. 216/2008 in den Anhang zum Luftverkehrsabkommen Schweiz-EG)

2. Arrêté fédéral portant approbation de la poursuite de la participation de la Suisse à l'Agence européenne de la sécurité aérienne AESA (Reprise du règlement CE no 216/2008 dans l'annexe de l'accord entre la Confédération suisse et la Communauté européenne sur le transport aérien)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.047/4259)

Für Annahme des Entwurfes ... 192 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

09.060

**Für die Ausschaffung
krimineller Ausländer
(Ausschaffungs-Initiative).
Volksinitiative.
Änderung des AuG
Pour le renvoi
des étrangers criminels
(Initiative sur le renvoi).
Initiative populaire.
Modification de la LEtr**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 24.06.09 (BBl 2009 5097)

Message du Conseil fédéral 24.06.09 (FF 2009 4571)

Ständerat/Conseil des Etats 10.12.09 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.06.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 08.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 10.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBl 2010 4241)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2010 3853)

Text des Erlasses 3 (BBl 2010 4243)

Texte de l'acte législatif 3 (FF 2010 3855)

Text des Erlasses (Berichtigung, Art. 58 Abs. 2 ParlG) (BBl 2010 4401)

Texte de l'acte législatif (Errata, art. 58 al. 2 LParl) (FF 2010 4003)

Fehr Hans (V, ZH): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie um Unterstützung der Ausschaffungs-Initiative und um Ablehnung des Gegenentwurfes, dies vor allem aus zwei Gründen:

Erstens wurde die Ausschaffungs-Initiative unter linker Ägide leider zu einer Integrationsverpflichtungsvorlage für Kantone und Gemeinden umfunktioniert, mit Millionen und Abermillionen von Franken als Folgekosten.

Zweitens soll man beim Entscheid zur Ausschaffung die sogenannten «Grundprinzipien des Völkerrechtes» beachten. Mit dieser schwammigen Formulierung würden Ausschaffungen letztlich verhindert. Genau das ist die Absicht von linker Seite. Ich appelliere an die bürgerliche Seite, nicht auf diesen Zug aufzusitzen. Die über 200 000 Unterschriften für diese Initiative zeigen, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung verlangt, dass ausländische Kriminelle und Sozialbetrüger das Land verlassen müssen. Wir sind selbstverständlich dafür, dass Ausländer, die sich ans Recht halten und unserem Land einen Nutzen bringen, dableiben können, aber für die anderen brauchen wir die Ausschaffungs-Initiative. Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung der Initiative.

Häberli-Koller Brigitte (CEg, TG): Tatsache ist, dass die Ausländerkriminalität in unserem Land im Verhältnis zur ausländischen Bevölkerung überproportional gross ist. Die Initiative hat ein Problem aufgegriffen, das – auch im Interesse der grossen Mehrheit der ausländischen Bevölkerung, die zu keinen Beanstandungen Anlass gibt – gelöst werden muss. Dies haben wir mit dem direkten Gegenvorschlag getan. Der Gegenvorschlag ist durchdacht, umfassend, verhältnismässig und verfassungs- und völkerrechtskonform. Er hat gegenüber der Initiative drei wesentliche Vorteile:

1. Die Rechtssicherheit ist gewahrt, die Gründe der Ausweisung werden aufgeführt und sind klar definiert.
2. Die Grundrechte werden respektiert.
3. Die Integrationspflicht ist verankert.

Wir werden die Initiative aus diesen Gründen ablehnen und den Gegenvorschlag auch in der Volksabstimmung unterstützen.

Tschümperlin Andy (S, SZ): Die Annahme der Ausschaffungs- bzw. der Ausweisungs-Initiative muss mit allen Mitteln verhindert werden. Die SP-Fraktion bedauert den Entscheid des Parlamentes, die Initiative nicht für ungültig zu erklären. Wir wollen nicht, dass hier geborene und aufgewachsene Ausländerinnen und Ausländer wegen Bagatelldelikten des Landes verwiesen werden. Die Initiative erlaubt keine Verhältnismässigkeit im Einzelfall mehr; dagegen sind alle bisherigen Verschärfungen im Ausländerrecht harmlos.

In der SP-Fraktion gibt es unterschiedliche Einschätzungen dazu, wie die Annahme der Initiative am besten verhindert werden kann. Die einen befürworten einen direkten Gegenvorschlag, der die Praxis der Kantone vereinheitlicht, in etwa den ausländerrechtlichen Status quo festhält und explizit eine Prüfung der Verhältnismässigkeit im Einzelfall verlangt. Die anderen möchten die Initiative ohne Gegenvorschlag bekämpfen. Ihrer Meinung nach übersehen beide Vorlagen, dass hier geborene Ausländerinnen und Ausländer eigentlich zu uns gehören und dass ihre Ausweisung auch bei gravierenden Straftaten nicht die Regel sein darf. Das Risiko einer Annahme der Initiative ist allerdings grösser, wenn sie allein vor das Volk kommt. Einige Mitglieder unserer Fraktion werden diese Position mit einer Enthaltung zum Ausdruck bringen.

Gleichzeitig ist unbestritten, dass der Integrationsartikel im Gegenvorschlag einen echten Mehrwert bringt. Die Anliegen der Integration und die Notwendigkeit ihrer Förderung werden auf Verfassungsebene festgeschrieben. Dies erleichtert es in Zukunft, alle an der Integration Beteiligten besser zu unterstützen. Sie werden aber, das ist wichtig, auch mehr in die Pflicht genommen.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt das Anliegen der Ausschaffungs-Initiative. Sie wurde aber mit der Holzhammer-Methode formuliert, und deshalb lancierte die FDP-Liberale Fraktion im letzten Winter einen direkten Gegenvorschlag, der von beiden Räten unterstützt wurde. Damit liegt dem Volk eine optimale Regelung zur Abstimmung vor. Ausländer, die in unserem Land schwere Straftaten begehen, können rasch ausgeschafft werden. Der Gegenvorschlag verletzt im Gegensatz zur Volksinitiative der SVP kein Völkerrecht und enthält einen genauen Deliktekatalog; insbesondere sind schwere Körperverletzung und auch Wirtschaftsdelikte erfasst. Darüber hinaus stärkt der Integrationsartikel die Anforderungen an Ausländer, die in die Schweiz kommen. Es handelt sich nicht etwa um eine weichgespülte Regelung, sondern um eine griffige und vernünftige Lösung.

Die FDP-Liberale Fraktion wird den direkten Gegenvorschlag unterstützen.

Graf Maya (G, BL): Wir Grünen wollen kein Sonderrecht für Migranten und Migrantinnen. Eine Annahme der SVP-Initiative wäre eine Doppelbestrafung für Ausländer. Im Falle einer Annahme des Gegenvorschlags würde Sonderrecht für Migranten von ausserhalb der EU eingeführt. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag sehen eine automatische Ausschaffung bei bestimmten Straftaten vor, auch für Menschen, deren Familien seit zwei, drei oder vier Generationen in der Schweiz leben. Das Schweizervolk glauben zu lassen, mit einem Ja zur Initiative oder zum Gegenvorschlag könne es auch das Problem der Kriminalität in unserem Land lösen, ist fahrlässig und falsch.

Dieser Bundesbeschluss empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, Nein zur Volksinitiative zu sagen und den Gegenvorschlag anzunehmen. Wir Grünen aber sagen zweimal Nein. Das heisst, die grüne Fraktion kann sich heute bei diesem Bundesbeschluss gar nicht in ihrem Sinne äussern. Wir können Ihnen aber versichern, dass wir uns in der Volksabstimmung mit ganzer Kraft für zweimal Nein einsetzen werden.

2. Bundesbeschluss betreffend die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungs-Initiative)»

2. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «pour le renvoi des étrangers criminels (Initiative sur le renvoi)»

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 09.060/4260)

Für Annahme des Entwurfes ... 92 Stimmen

Dagegen ... 82 Stimmen

09.061

Energiegesetz. Änderung

Loi sur l'énergie. Modification

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 24.06.09 (BBl 2009 5317)

Message du Conseil fédéral 24.06.09 (FF 2009 4781)

Ständerat/Conseil des Etats 30.11.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2010 4323)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 3935)

Energiegesetz Loi sur l'énergie

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 09.061/4261)

Für Annahme des Entwurfes ... 136 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

09.068

Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung

Loi sur les allocations familiales. Modification

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 02.09.09 (BBl 2009 6101)

Message du Conseil fédéral 02.09.09 (FF 2009 5491)

Nationalrat/Conseil national 08.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2010 4263)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 3875)

Bundesgesetz über die Familienzulagen Loi fédérale sur les allocations familiales

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 09.068/4262)

Für Annahme des Entwurfes ... 134 Stimmen

Dagegen ... 51 Stimmen